

Platz für Flüchtlinge ist da

Seit Jahren geht die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland zurück auf inzwischen rund 20.000 im Jahr. Noch vor wenigen Jahren führte die Bundesrepublik jährlich über 100.000 Asylverfahren durch. Der Zuzug von Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik ist von 15.000 bis 20.000 jährlich auf nur noch 2.500 im Jahr 2007 zurückgegangen. Die Zahl der Eingewanderten und Flüchtlinge ist in Deutschland so niedrig wie seit 30 Jahren nicht mehr.

Deutschlands Städte sagen ja!

2008 hat sich in München die Kampagne *Save-me – Eine Stadt sagt ja!* gegründet und für die Aufnahme von Flüchtlingen vor Ort geworben. Inzwischen gibt es *Save-me-Initiativen* deutschlandweit in über 40 Städten. In 14 Städten ist es bereits gelungen, einen positiven Ratsbeschluss zur Aufnahme von Flüchtlingen zu initiieren: Unter anderem haben Düsseldorf, Kiel, München, Rostock und andere Städte ihre Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme erklärt. Tausende Menschen unterstützen dieses Anliegen aktiv: Sie werben auf der Internetseite der lokalen oder bundesweiten Kampagne mit ihrer Person und ihrem Namen. Das macht Hoffnung und zeigt deutlich: Die Menschen vor Ort, in den Städten und Gemeinden, sind mutiger und offener als die bisherigen Beschlüsse der Bundesregierung.

Machen Sie mit!

Unterstützen Sie die Kampagne mit Ihrem Namen unter www.save-me-kampagne.de.

Dort finden Sie auch weitere Informationen und Links zu allen lokalen *Save-me-Initiativen*.

www.save-me-kampagne.de

Verantwortung übernehmen! Unsere Forderungen

Die Situation vieler Flüchtlinge weltweit verlangt beherztes Handeln. Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Gleichzeitig sind die reichen Staaten in der Pflicht, einen direkten Beitrag zum Flüchtlingsschutz zu leisten. Deshalb fordern wir ein Resettlementprogramm: Deutschland soll sich verpflichten, kontinuierlich ein jährliches Kontingent von Flüchtlingen und deren Familienangehörige dauerhaft aufzunehmen und zu integrieren.

Gemäß dem Auftrag der Vereinten Nationen an UNHCR, für Flüchtlinge dauerhafte Lösungen zu finden, brauchen die Aufgenommenen von Beginn an eine sichere Aufenthaltsperspektive, arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung mit Inländern sowie bestmögliche Integrationschancen. Das beinhaltet die Ausstellung eines GFK-Flüchtlingspasses, die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis nach § 23 II AufenthG sowie die damit verbundenen Rechte auf Teilnahme an einem Integrationskurs, Wohnungsunterbringung, Arbeitsmarktintegration, Sozialleistungen und Freizügigkeit. Darüber hinaus sollten die Kommunen vor Ort bestmögliche Bedingungen für eine gelingende soziale Integration schaffen.

Herausgeber:

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 16 06 24, 60069 Frankfurt/M.
Telefon: 069/23 06 88, Fax: 069/23 06 50
Internet: www.proasyl.de
E-Mail: proasyl@proasyl.de

Veröffentlicht im September 2009

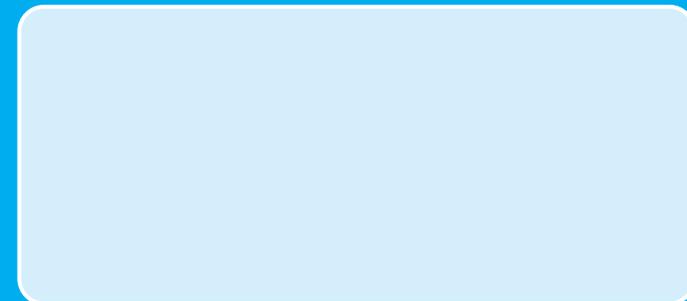
Spendenkonto: Konto-Nr. 8047300
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.
DER EINZELFALL ZÄHLT.



**Resettlement:
für ein Programm
zur Aufnahme
von Flüchtlingen
in Deutschland**

Überreicht von:



www.save-me-kampagne.de

Deutschland sollte jedes Jahr ein Kontingent an Flüchtlingen aus den Erstzufluchtsstaaten aufnehmen und dauerhaft integrieren. Das fordert mit PRO ASYL ein breites Bündnis von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Rechtsanwalts- und Richtervereinigungen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen.

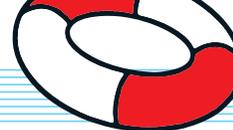
Warum?

Kriege, politische Krisen oder andere existenzielle Nöte zwingen jedes Jahr viele tausend Menschen zur Flucht. Einen sicheren Staat können die wenigsten erreichen. Die Nachbarstaaten von Krisenregionen müssen oft in kurzer Zeit die Aufnahme zehntausender oder gar hunderttausender Flüchtlinge organisieren und sind damit häufig strukturell überfordert. Viele Flüchtlinge werden nur notdürftig versorgt und bleiben ohne Lebensperspektive im Auffanglager. Nicht selten warten sie jahrelang darauf, in die Heimat zurückkehren zu können, doch oft vergebens.

Eine Aufnahme durch die reichen Staaten kann den Schwächsten unter den Flüchtlingen, wie Kindern, Kranken und alleinstehenden Frauen, einen sicheren Zugangsweg, dauerhaft Schutz und Sicherheit und damit die Chance auf ein normales Leben bieten. Auch Deutschland sollte seinen Teil der Verantwortung übernehmen und Flüchtlinge aus der Perspektivlosigkeit herausholen. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind vorhanden und Platz für Flüchtlinge ist da.

Im Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen vermittelt UNHCR Flüchtlinge aus den Erstzufluchtsstaaten heraus an aufnahmebereite Länder, in denen die Betroffenen dauerhaft Aufnahme und Sicherheit finden. Dieses »Neuansiedlung« oder »Resettlement« genannte Verfahren wird teils seit Jahrzehnten von Staaten wie den USA, Kanada, Schweden, Norwegen und anderen durchgeführt.

Um wen geht es?



2006 flieht Nadiye S. aus dem Irak. In Damaskus, Syrien, findet die ausgebildete Ingenieurin Arbeit und eine Wohnung, aber keinen Schutz. Die allein stehende Muslimin aus dem Irak gilt dort als Freiwild. Sie wird vielfach belästigt und eines Tages von mehreren Männern überfallen – in der Wohnung. Sie wechselt die Wohnung, und wird auch dort attackiert. Ihre Anzeige bei der Polizei verläuft im Sand. Die Angst macht Nadiye S. krank, sie traut sich nicht mehr allein auf die Straße. Ihre Hoffnung: dass sie zu ihrer Schwester nach Deutschland darf.

Nadiye S. ist unter den hunderttausenden Flüchtlingen, die seit 2003 aus dem Irak geflohen sind und dringend Schutz benötigen. Ende 2008 beschließt die Bundesregierung nach langer Diskussion die Aufnahme von 2.500 Irakflüchtlings aus Syrien und Jordanien. Nadiye S. gehört nicht zu den Ausgewählten.

Für die Betroffenen ist ihre Aufnahme in Deutschland zweifellos die Rettung aus der Not. Insgesamt bleibt sie ein Tropfen auf den heißen Stein. Laut UNHCR befinden sich 6,2 Millionen Menschen weltweit in ausweglosen, lang anhaltenden Flüchtlingssituationen. Es sind afghanische Flüchtlinge in Pakistan, burmesische Flüchtlinge in Thailand, somalische Flüchtlinge in Kenia und viele andere.

UNHCR vermittelt besonders Schutzbedürftige: Folteropfer, Kranke und Traumatisierte, alleinerziehende oder gefährdete Frauen. 2008 hat UNHCR rund 65.000 Flüchtlinge neu angesiedelt, vor allem in den USA. Die EU übernahm mit rund 4.400 Aufnahmen im Jahr 2008 nur knapp 7 % davon, Deutschland beteiligte sich nicht. UNHCR hält eine Ausweitung der Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich. Europa kann mehr tun. Deutschland sollte die Aufnahme der Irakflüchtlinge als Einstieg in ein kontinuierliches Aufnahmeprogramm nutzen.

Flüchtlingsaufnahme in Deutschland

Die Bundesrepublik ist bislang kein Resettlementstaat. Sie hat aber im Laufe ihrer Geschichte mehrfach große Gruppen von Flüchtlingen aufgenommen. Ab Ende der 1970er Jahre erhielten rund 26.000 vor Hunger und Repressalien geflohene vietnamesische »Boatpeople« ein sicheres Aufenthaltsrecht. Dauerhaft Aufnahme fanden ab 1991 auch rund 150.000 jüdische Kontingentflüchtlinge aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Anfang der 1990er Jahre flüchteten sich rund 330.000 bosnische Flüchtlinge in die Bundesrepublik, 1999 wurden 20.000 Kosovo-Flüchtlinge nach Deutschland ausgeflogen. Die Flüchtlinge aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg waren nur kurz willkommen, wurden diskriminierend behandelt und schließlich massiv zur Rückkehr in ihre noch unsicheren und völlig zerstörten Herkunftsländer genötigt. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen: Eine nur kurzfristige Evakuierung ist für viele Flüchtlinge keine Lösung. Deutschland hat die Möglichkeiten zu einer großzügigen, dauerhaften Flüchtlingsaufnahme.

Kein Ersatz für Asyl

Resettlement ist kein Ersatz für das Asylrecht, sondern seine Ergänzung. Deshalb taugt die Neuansiedlung auch nicht als Alibi für eine ansonsten flüchtlingsfeindliche Politik. Täglich wagen verzweifelte Menschen auf eigene Faust den Weg über das Mittelmeer. Die Weichen in der Flüchtlingspolitik müssen umgestellt werden: Notwendig sind eine echte Flüchtlingsrettungspolitik auf See, faire Asylverfahren in Europa, ein Ende der Abschottung, der Asylwiderrufspraxis und der Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete.